

Yeah!

AKTIONEN

DER HEISSE HERBST

Es war kein Zufall, daß das Sparpaket der Regierung, in dem es ja bekanntlich auch uns Studentinnen und Studenten an den Kragen geht, über die Sommerferien geschnürt wurde. Die Regierung wollte uns vor vollendete Tatsachen stellen und rechnete mit der trägen und uneinheitlichen Reaktion der Studierenden. Doch bereits im September bildeten sich die ersten Komitees, Informationsfalter und Flugblätter wurden verfaßt und an alle Student/inn/en verteilt. In Hörsaalansagen wurden die Leute direkt informiert. Der 21.10. wurde bundesweit zum Streik- und Aktionstag erklärt und die Vorbereitungen liefen auf Hochtouren. Doch schon vor dem 21.10. kam es zu spontanen Aktionen der Student/inn/en, die dem Protest eine völlig neue Dimension gaben.

Der chronologische Ablauf:

19.10. Der Akademische Senat der TU Graz beschließt eine Resolution, in der die Forderung der Studierenden nach Beibehaltung der Regelung für Familienbeihilfe, Befreiung von Telefon- und Runkfunkgrundgebühren und Einrechenbarkeit der Ausbildung für die Pension unterstützt wird.

20.10. Das Audi-Max der Uni Wien ist von 2000 Studentinnen und Studenten besetzt, die massiv einen Generalstreik fordern. Der ZA-Vorsitzende der ÖH ruft bundesweit den Generalstreik aus.

21.10. Der 21.10. ist der eigentliche, schon lange geplante Aktionstag der Hochschülerschaften aller Universitäten und der Vertretungen der Pädagogischen Akademien.

Auf der Protestkundgebung der ÖH-TU um 10.00 vor der alten Technik äußern sich die Vorsitzenden der Hochschülerschaft, ein Vertreter des Assistentenverbandes, ein Professor, der Universitätsdirektor und ein Sprecher der Sozialinitiativen zu den geplanten Sozialkürzungen der Bundesregierung.

Rund tausend Technikstudentinnen und -studenten setzen sich Richtung Uni-Mensa in Bewegung. In der Lichtenfelsgasse schließen sich die Studierenden der Musikhochschule



dem Protestmarsch der Techniker/innen an. Auf dem Kreisverkehr vor der Mensa findet nun eine gemeinsame Protestkundgebung aller Grazer Studentinnen und Studenten statt. 3000 Demonstranten fordern vehement die Rücknahme der durch die Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen, die zu einer Demontage des gesamten universitären Bildungssystems und des freien Hochschulzuges führen würden. Im Hörsaal A gibt es eine Hörerversammlung, die alle Erwartungen übertrifft. Mehr als 100 Studierende belagern das Foyer des total überfüllten Hörsaales. Gleichzeitig ist die Universitätsdirektion schon seit 8 Uhr besetzt. Bei der Politikerdiskussion um 17 Uhr kommt es leider zu keinem Ergebnis. Zur selben Zeit beschließen die Technikstudentinnen und -studenten, sich dem Streik der übrigen Unis anzuschließen und koordinieren die weitere Vorgangsweise für den 22. und 23. Oktober.

22.10. Es findet ein totaler Boykott aller Lehrveranstaltungen der TU Graz statt. Bei der allgemeinen Hörerversammlung im überfüllten Hörsaal P1 wird die weitere Vorgangsweise koordiniert und folgende Plattform beschlossen:

Die Koalitionsregierung betreibt eine undifferenzierte und unreflektierte Sparpolitik vor allem auf Kosten der sozial Schwachen. Dabei wird beim ohnehin im internationalen Vergleich schon unterdotierten Bildungssystem der Rotstift massiv angesetzt.

Schon seit Jahren wird Studieren, Lehren und Forschen für die Betroffenen immer schwieriger.

Zudem wird der offene Hochschulzugang, der unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Bildungspolitik sein muß, durch soziale Einschränkungen und mangelnde finanzielle

Ausstattung der Universitäten immer mehr ausgehöhlt.

Dringend notwendige Reformen im Schulbereich blieben aus. Die Situation an den Universitäten ist geprägt von überfrachteten Lehrplänen, gefährlich überfüllten Hörsälen, Lehrermangel, leeren Bibliotheksregalen und einer zu geringen Zahl von Lehrveranstaltungen. Der Anteil der Stipendienbezieher ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen, und seit 3 Jahren wurden die Stipendien nicht mehr angehoben, obwohl in diesem Zeitraum die studentischen Lebenshaltungskosten um 12 % anstiegen. Studieren darf kein Privileg für Reiche werden! Für Eltern, deren Kinder zur Schule gehen oder studieren, dürfen dadurch nicht unzumutbare Belastungen entstehen. Eine gute Ausbildung für unsere Jugend ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale und demokratische Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Wir wenden uns gegen:

- Kürzungen der Familienbeihilfen
- Nichtanrechnung der Ausbildungszeiten auf die Pensionsbemessung
- Kürzung von Lehraufträgen
- die derzeitige UOG-Novelle
- undifferenzierte Einsparungen im öffentlichen Dienst
- die Einsparungen bei Akademikertraining und Aktion 8000, die vor allem Frauen trifft
- die Streichung der Ermäßigung bei Bahn und Post
- die Einschränkung des Sozialversicherungsschutzes der Studierenden

Wir fordern:

- ein sozial abgesichertes Studium
- eine sofortige Stipendiengesetznovelle, die

eine Abgeltung der gestiegenen studentischen Lebenshaltungskosten sowie eine Ausweitung des Bezieherkreises beinhaltet.

- mehr und besser ausgebildetes Universitätspersonal, mehr Assistent/inn/en, mehr Professor/inn/en
- eine Erweiterung des Universitätsbauprogrammes
- eine bessere Ausstattung der Bibliotheken und Labors
- eine demokratische Mitbestimmung und Kontrolle beim Einsatz von Drittmitteln (Mitbestimmung entsprechend des skandinavischen Prinzipes)
- eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen
- Durchforstung und Entrümpelung der Lehr- und Studienpläne

Nach einer Hörerversammlung an der Karl-Franzens-Universität marschieren die Student/inn/en zum Landeshauptmann in die Grazer Burg. Dieser erklärt zwar, er unterstütze "gerechtfertigte" Anliegen der Studierenden, zu konkreten Aussagen war der steirische Landeshauptmann allerdings nicht bereit. Am Hauptplatz formieren sich die Student/inn/en zu einer Menschenkette um das Rathaus und präsentieren die Gründe für ihren massiven Protest in der Öffentlichkeit.

23.10. Auch an diesem Tag wird der Streik fortgesetzt.

Es geht uns nicht um Privilegiensicherung. Es geht nicht darum, daß Studierende nur an ihre eigene Tasche denken, ohne Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Interessen. Wir wissen, daß es Gruppen wie die Arbeitslosen und solche, die keinen Zugang zur Bildung hatten, gibt und die damit niemals annähernd ähnliche Chancen wie die Studierenden hatten, ihre soziale Situation zu verbessern.

Die Protestaktionen im Zusammenhang mit dem Sparpaket der Regierung sind keine "Das Hemd ist mir näher als der Rock"-Mentalität. Es soll auch kein Kräftemessen lautstark brüllender Interessensgruppen sein. Es ist nicht leicht zu argumentieren, warum auch die Studierenden sich wehren und gegen die sie betreffenden Maßnahmen auf der Straße protestieren.

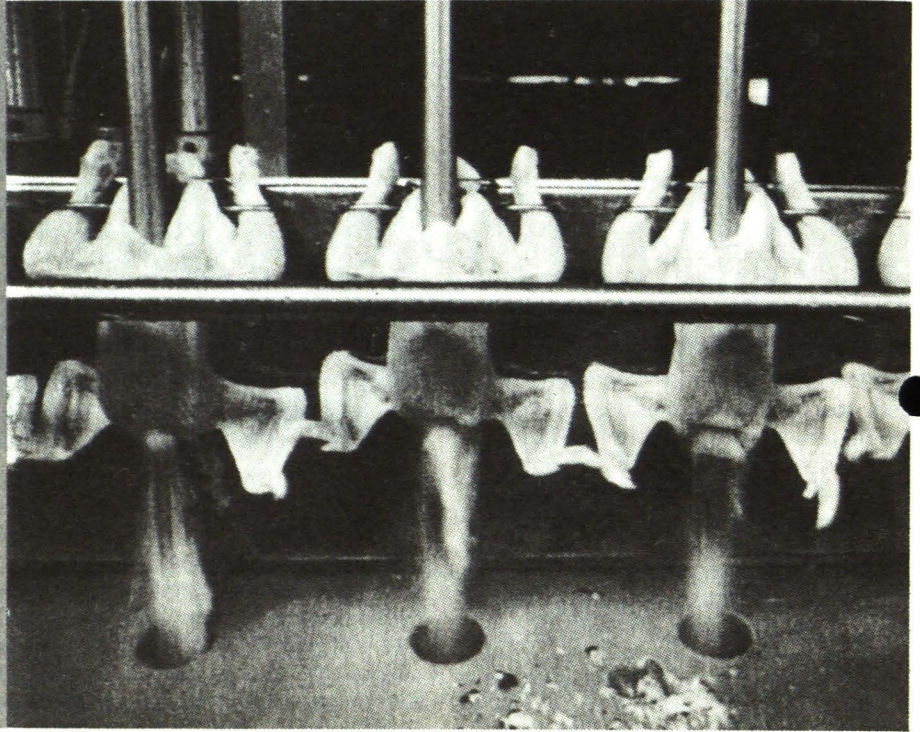
Was wir wollen, ist klarzustellen, daß wir keine Sozialschmarotzer sind, die sich auf Kosten anderer ein schönes Leben machen.

Rund 50% aller Studierenden müssen schon heute auf die Befriedigung elementarster Bedürfnisse verzichten. 25% müssen nebenbei erwerbstätig sein, um ausschließlich davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die geplante Kürzung der Familienbeihilfe auf 25, Schülerfreifahrt, Fahrtkostenrückvergütung, des Versicherungsschutzes oder die Streichung der Telefongrund- und Rundfunkgebührenbefreiung würden für ca. 30% aller Studierenden den Abbruch ihres Studiums bedeuten. Eine Studienabbruch mit 25 heißt aber keine

DIE SPARSCHWEINE

SCHLACHTEN

UNS AB!



Aussicht auf eine Lehrstelle oder andere Ausbildung mehr. — Die Aktion 8000, die bisher eine Um- und Einschulung von Studienabbrechern bot, war eines der ersten "Sparopfer". — Und selbst fertige Akademiker/innen gehören heute nicht mehr zu jenen "Lohnprivilegierten", die ohne größere Schwierigkeiten eine Anstellung finden. Und die Akademikerarbeitslosigkeit wird weiter steigen.

Unter solchen Bedingungen — vor allem ein Studium mit hohen Durchschnittsstudienzeiten — zu beginnen, ist ein Risiko, das sich in Zukunft wieder nur finanziell gut abgesicherte Maturanten und Maturantinnen leisten werden können. Chancengleichheit, wie sie bis jetzt wenigstens noch auf dem Papier bestanden hat, wird mit diesen Sparpaket endgültig beseitigt.

Die Reduzierung der Student/inn/enzahlen wird sicherlich nicht zu einer besseren Qualifikation der "Überlebenden" führen, zumal auch auf Kosten des Wissenschaftsbudgets kräftig saniert wird. Jeder zweite Dienstposten im öffentlichen Bereich — auch in Lehre und Forschung — soll nicht mehr nachbesetzt werden. Sind lächerliche 0,5 Milliarden Einsparungen für das Budget das alles wert?

Selbst bei den nur mehr 8,3% Stipendienbezieher wird gespart. Der Bezieherkreis wird beständig eingeengt und die durchschnittlich ausbezahlte Höhe ist seit dem letzten Studienjahr um 3% gesunken. Geplant sind weitere Einschränkungen des Bezieherkreises. Bei Studierenden mit 4 Jahren Selbsterhalt, soll wieder

auf die Unterhaltungspflicht der Eltern zurückgegriffen werden.

Ob Du von den Einsparungen betroffen bist, kannst Du Dir selbst beantworten:

- Wann hast Du zu studieren begonnen?
- Liegst Du im Plan für die Mindeststudienzeit?
- Mußt Du neben Deinen Studium arbeiten?
- Mußt Du nie auf einen Laborplatz warten?
- Wirst Du früher Dipl.Ing. oder 25 ?
- Von wieviel Geld lebst Du pro Jahr ?

...zieh S 30.000,— davon ab, soviel kostet Dich das Sparpaket!

Selbst wenn Du jetzt noch nicht zu dem Kreis der Betroffenen gehörst, überlege Dir wie lange es noch dauern wird. Denn ohne Widerstand sind weitere Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich unaufhaltsam.

Daher ist es jetzt notwendig, daß alle Studentinnen und Studenten an den bundesweiten Aktionen dagegen massiv teilnehmen. In allen Hochschulstädten haben sich spontan Aktionskomitees gebildet, die Informationen austauschen und die Aktionen koordinieren.

Erfolgreich kann unser Protest nur sein, wenn möglichst viele Student/inn/en sich daran beteiligen.

Denn: ES GEHT UNS ALLE AN !

Sabine Christian
1.Stell.Vorsitzende